

# Die kosmopolitischen Eliten – ein Mythos

Von Michael Hartmann

*In der Debatte über den aufkommenden Rechtspopulismus spielt der Begriff „kosmopolitische Eliten“ eine zentrale Rolle. Gibt es solche Eliten tatsächlich? Der Beitrag beantwortet diese Frage auf Basis einer empirischen Studie über die wirtschaftlichen und die politischen Eliten Deutschlands, Frankreichs, Großbritanniens und der USA. Danach existieren kosmopolitische Eliten weder in der Politik noch in der Wirtschaft. Die berühmten Business Schools und Eliteuniversitäten sind keine Brutstätten kosmopolitischen Führungsnachwuchses. Die nationalen Typen der Elitenformierung dominieren nach wie vor. Die Handlungsspielräume nationaler Politik sind daher weit größer als oft angenommen.*

*In discussing the uprising right-wing populism in Europe and beyond, the term ‘cosmopolitan elites’ plays a pivotal role. Do such elites really exist? This contribution aims at answering this question based on an empirical study on business and the political elites in Germany, France, Great Britain and the USA. Among the results: There are neither cosmopolitan elites in politics nor in business; the famous business schools and elite universities are no hotbeds of cosmopolitan elites; the national processes of elite formation are still dominant. The scope of and for national politics is, therefore, much greater than often assumed.*

## I. Einleitung

Wo in den letzten Jahren in den Medien über das Erstarken der Rechtspopulisten, den Sieg von *Donald Trump* oder den Brexit debattiert worden ist, da fehlten so gut wie nie zwei Begriffe: Eliten und Kosmopolitismus. In der Regel bilden sie in der Diskussion ein Begriffspaar. Vor allem bei den rechtspopulistischen Parteien Europas wie dem Front National, der Lega Nord oder der AfD gibt es diesbezüglich ein für ihre politischen Aktivitäten dominantes Narrativ. Auf der einen Seite stehen dabei die abgehobenen, kosmopolitischen Eliten in den Metropolen, auf der anderen Seite das einfache Volk. Diese Gegenüberstellung findet man auch bei vielen *Trump*-Anhängern in den USA oder Brexit-Befürwortern in Großbritannien. Stets geht es um den Gegensatz von Elite und Volk, von Welt-

bürgern und „Volksgemeinschaft“, von kosmopolitisch und volksnah.

Wenn von den kosmopolitischen Eliten die Rede ist, gehen die angebotenen Definitionen allerdings durcheinander. Mal sind damit tatsächlich Weltbürger gemeint, die sich nicht nur selbst als solche verstehen, sondern sich auch ohne einen festen Hauptwohnsitz in ihrem Heimatland privat wie beruflich kontinuierlich zwischen verschiedenen Ländern bewegen. Als Beispiele dienen dann Personen wie *Spiros Latsis*. *Latsis* ist der zweitreichste Grieche. Geboren in Athen, ist er in der Schweiz und Großbritannien zur Schule gegangen, hat dann an der *London School of Economics* studiert, danach lange Jahre am Genfer See gewohnt, ist 2013 aus steuerlichen Gründen nach Monaco umgezogen und führt von dort die Geschäfte des familiären Firmenimperiums, dessen Zentrale in Luxemburg angesiedelt ist. Häufig werden unter den kosmopolitischen Eliten aber auch solche Personen verstanden, die aktuell Elitepositionen im Ausland bekleiden und dort leben, oder solche, die einen Teil ihrer Bildungs- oder Berufslaufbahn im Ausland verbracht haben, ihre Führungsaufgabe jetzt aber wieder in ihrem Heimatland wahrnehmen und dort auch durchweg ihren Lebensmittelpunkt ausweisen. Bei ihnen handelt es sich im wissenschaftlichen Sinne nicht um kosmopolitische, sondern um internationale bzw. transnationale Eliten. Gelegentlich wird von kosmopolitischen Eliten sogar dann gesprochen, wenn es lediglich um eine bestimmte Einstellung zur Globalisierung, Migration oder Kultur geht.

Der begrifflichen Unschärfe der öffentlichen Debatte entspricht ihre mangelnde empirische Fundierung. In der Regel wird mit Einzelbeispielen und oberflächlichen Verallgemeinerungen argumentiert. Das gilt in abgeschwächter Form auch für erhebliche Teile der wissenschaftlichen Diskussion. Auch hier fehlt es in der Regel an umfassenderen empirischen Studien über die transnationalen, internationalen oder globalen Eliten. Gerade prominente Autoren wie *Beck*, *Castells*, *Dahrendorf* oder *Kanter*<sup>1</sup> bleiben in ihrer Argumentation fast durchweg an der Oberfläche. Im Folgenden soll daher auf Basis einer Studie über die Topmanager der 100 größten Konzerne der vier führenden westlichen Industriestaaten (Deutschland, Frankreich, Großbritannien und USA)<sup>2</sup> und zusätzlichen Recher-

- 1 *Beck, U.*: Jenseits von Klasse und Nation: Individualisierung und Transnationalisierung sozialer Ungleichheiten, in: *Soziale Welt*, 59/4, 2008, 301-325; *Castells, M.*: *The Rise of the Network Society. The Information Age: Economy, Society, and Culture*, Oxford, 1996; *Dahrendorf, R.*: *Die globale Klasse und die neue Ungleichheit*, in: *Merkur. Deutsche Zeitschrift für europäisches Denken*, 54/619, 2000, 1057-1068; *Kanter, R. M.*: *World Class. Thriving Locally in the Global Economy*, New York, 1995.
- 2 Die gesamte Studie bezieht neben den 100 größten Unternehmen dieser vier Länder sowie Chinas und Japans auch noch die unter den Top 1.000 Konzernen der Welt befindlichen Großunternehmen anderer Länder sowie die 1.000 reichsten Menschen der Welt in die Analyse mit ein (*Hartmann, M.*: *Die globale Wirtschaftselite. Eine Legende*. Frankfurt a. M./New York, 2016).

chen über die politischen Eliten derselben Länder untersucht werden, wie es um den kosmopolitischen Charakter dieser Eliten tatsächlich bestellt ist und was das für politische Konsequenzen hat. Maßstab ist dabei die persönliche Mobilität über nationale Grenzen hinweg; denn kosmopolitische oder auch nur transnationale Einstellungen entwickeln sich anders, als oft in den Medien kolportiert, nicht einfach durch den Konsum gleicher oder ähnlicher Güter und Filme oder den Urlaub in fremden Ländern. Sie setzen vielmehr umfangreichere eigene Erfahrungen mit fremden Kulturen vor Ort voraus, sei es durch Studienaufenthalte oder eine längere berufliche Tätigkeit dort.<sup>3</sup>

## II. Kosmopolitische Eliten – Mythos und Wirklichkeit

Die zwei wichtigsten und mächtigsten Eliten sind ohne Zweifel die politische und die wirtschaftliche Elite. In puncto Inter- und Transnationalität verkörpern sie auch, zumindest im Grundsatz, die beiden Pole des Spektrums. Die Politik ist immer noch ganz überwiegend national organisiert. Zwingende Voraussetzung für das passive Wahlrecht, die Basis fast jeder politischen Karriere, ist in den vier untersuchten Ländern – aber nicht nur dort – die Staatsangehörigkeit des jeweiligen Staates. In den USA muss zudem ein mindestens siebenjähriger Aufenthalt im Land nachgewiesen werden. Großbritannien bildet insofern eine Ausnahme von dieser Regel, als dort auch Bürgern Irlands und der ehemaligen Kolonien eine Kandidatur für politische Ämter gestattet ist. Ausländer sind damit, wenn man vom Sonderfall Großbritannien absieht, in der politischen Elite schon rechtlich so gut wie ausgeschlossen. Theoretisch ist es zwar möglich, Jemanden ohne deutsche Staatsangehörigkeit in ein Bundeskabinett zu berufen, weil es hierfür im Unterschied zum passiven Wahlrecht keine gesetzliche Regelung gibt oder, wie hin und wieder geschehen, auch eine Person ohne ein vorheriges politisches Wahlamt, doch ist dies höchst unwahrscheinlich.

In der Wirtschaft sieht es in dieser Beziehung vollkommen anders aus. Die großen Konzerne sind nicht nur ausnahmslos multinational tätig, sie unterliegen auch keinerlei juristischen Restriktionen, was die Staatsangehörigkeit ihrer Topmanager betrifft. Sie könnten theoretisch sogar alle wichtigen Führungspositionen mit Personen besetzen, die aus dem Ausland stammen, d. h. nicht aus dem Land, in dem das jeweilige Unternehmen seinen Firmensitz hat. Rein rechtlich spräche nichts dagegen.

3 In der Diskussion über globale Eliten wird die entscheidende Rolle von Mobilität, die soziologische Klassiker wie *Marx*, *Weber* oder *Bourdieu* in ihren Analysen über die Bedeutung von Lebensstilen oder Habitus für die Bildung von Klassen betonen, gemeinhin ignoriert (*Hartmann, M.*, a.a.O., 19f.).

Ein näherer Blick auf die tatsächlichen Verhältnisse in den vier Staaten zeigt aber, dass die Unterschiede zwischen politischen und wirtschaftlichen Eliten in der Realität längst nicht so groß sind, wie man angesichts der sehr unterschiedlichen rechtlichen Rahmenbedingungen annehmen könnte. Dafür sind die Differenzen zwischen den einzelnen Ländern vor allem bei den Wirtschaftseliten weit ausgeprägter, als man aufgrund der doch recht ähnlichen Ausgangsbedingungen vermuten könnte.

## 1. Die wirtschaftlichen Eliten

Schaut man sich die Wirtschaftseliten der vier Länder genauer an, so sind die CEO unter den Topmanagern am stärksten inter- bzw. transnationalisiert. Bei den *Chairmen*, den Vorsitzenden der Aufsichtsräte bzw. Boards, und bei den *Executive Members* der Boards, in etwa den Vorstandsmitgliedern in deutschen Unternehmen vergleichbar, ist der Ausländeranteil meist geringer. Das trifft auch auf Großbritannien zu, das einzige Land unter den vieren, dessen Topmanager tatsächlich in relativ hohem Maße der Vorstellung von einer internationalen Elite entsprechen. Immerhin jeder dritte CEO kommt hier aus dem Ausland, wenn auch zu fast drei Fünfteln aus dem angelsächsischen Sprachraum. Ein weiteres knappes Viertel der einheimischen Vorstandschefs kann zudem auf Auslandserfahrungen verweisen.<sup>4</sup> Insgesamt kann man also bei nahezu jedem zweiten CEO von Inter- oder Transnationalität sprechen (s. *Tab. I*). Das ist im internationalen Vergleich ein absoluter Spitzenwert. Bei den *Chairmen* und den *Executive Members* der 150 im FTSE gelisteten Unternehmen liegt der Anteil der Ausländer mit 23 % schon deutlich niedriger. Lässt man die im FTSE in vergleichsweise großer Anzahl enthaltenen binationalen Unternehmen, wie etwa Unilever, oder die nur aus steuerlichen oder finanztechnischen Gründen an der Londoner Börse gelisteten Unternehmen, wie etwa Fresnillo, weg, reduziert sich der Prozentsatz bei den *Executive Members* in den rein britischen Konzernen sogar auf nur noch ein gutes Sechstel.<sup>5</sup>

Trotz dieser Einschränkung liegt die Wirtschaftselite Großbritanniens in puncto Internationalität<sup>6</sup> nicht nur weit vor den drei anderen, sondern auch fast allen anderen Ländern. Bei den 1.000 größten Konzernen der Welt beträgt der Anteil

4 Als Auslandserfahrung wird gewertet, wenn eine Person entweder mindestens einmal im Verlauf ihrer Bildungs- oder Berufslaufbahn für sechs Monate am Stück im Ausland gelebt hat oder aber dort geboren und während Kindheit oder Jugend weggegangen ist und die Staatsbürgerschaft seines heutigen Heimatlandes angenommen hat.

5 Hartmann, M.: a.a.O., 83, 95, 100

6 In den weiteren Ausführungen wird unter Internationalität immer dann, wenn nicht weiter differenziert wird, die Summe aus Inter- und Transnationalität verstanden, weil so die umständliche Formulierung vermieden werden kann.

der ausländischen CEO gerade einmal 10 % und der der einheimischen CEO mit Auslandserfahrung gut 22 %. Sieben von zehn CEO haben ihr gesamtes privates wie berufliches Leben in ihrem Heimatland verbracht.<sup>7</sup>

Tabelle 1: *Inter- und Transnationalität der CEO der jeweils 100 größten Unternehmen (in Prozent)*<sup>8</sup>

	Deutschland	Frankreich	Großbrit.	USA
<b>Ausländer</b>	13,7	4,0	33,0	7,9
<b>Ausländer aus einem fremdem Sprach- und Kulturraum</b>	5,9	3,0	15,0	4,0
<b>Einheimische mit Auslandserfahrung</b>	46,6	26,0	23,9	15,1

Quelle: Hartmann, M.: a.a.O., 74.

Deutschland zählt international, obwohl es bei der Zahl der ausländischen CEO mit 14 von 102 Vorstandschefs weit hinter Großbritannien liegt, ebenfalls zur Spitzengruppe. Dafür ist allerdings weniger der mit 13,9 % immer noch überproportionale Ausländeranteil verantwortlich als vielmehr die Tatsache, dass die deutschen Vorstandsvorsitzenden ein Maß an Auslandserfahrung aufweisen wie keine andere nationale CEO-Gruppe. Mit 46,6 % war fast jeder zweite von ihnen für längere Zeit im Ausland, in der Regel zwischen vier und sieben Jahren. Es gibt dabei Ausreißer nach oben und unten, Auslandsaufenthalte von mehr als zwölf und solche von nur gut zwei Jahren. Rechnet man die Prozentsätze für Internationalität und Transnationalität zusammen, liegen die CEO der deutschen Großkonzerne mit einem Anteil von knapp 55 % sogar vor denen der britischen Großunternehmen.

Erweitert man den Kreis der Topmanager um die Vorsitzenden der Aufsichtsräte und die Mitglieder der Vorstände, ändert sich das Bild wie schon in Großbritannien, allerdings mit einer genau entgegengesetzten Differenz zwischen diesen beiden Personengruppen. Während in Großbritannien die Vorstände mit nur 17,5 % den niedrigsten Ausländeranteil aufweisen, spielen diese Rolle in Deutschland die Aufsichtsratsvorsitzenden. Gerade einmal 4 von 99 Aufsichts-

7 Hartmann, M., a.a.O., 32, 40 ff., 56

8 Die Angaben beziehen sich auf das Jahr 2015. Die Prozentsätze für Deutschland und die USA sind ungerade, weil es 2015 an der Spitze der 100 größten deutschen und US-Unternehmen aufgrund von Doppelbesetzungen wie bei der Deutschen Bank (Cryan und Fitschen) 102 bzw. 101 CEO gab.

ratschefs kommen aus dem Ausland, zudem anders als bei den Vorstandsvorsitzenden, wo fast die Hälfte der Ausländer aus einem fremden Kultur- und Sprachraum stammt – gleich zu drei Vierteln aus dem benachbarten und ebenfalls deutschsprachigen Österreich. Unter den Vorsitzenden der Aufsichtsräte sind Ausländer also um zwei Drittel (statt nur zu einem Drittel wie in Großbritannien) seltener repräsentiert als unter denen der Vorstände. Dafür kommen unter den einfachen Vorstandsmitgliedern 15 % aus dem Ausland, ein sogar leicht höherer Anteil im Vergleich zu den Vorsitzenden dieses Gremiums und ein fast gleich hoher wie in Großbritannien.<sup>9</sup>

Die US-amerikanischen und die französischen Großkonzerne bieten, was die Internationalität ihrer Topmanager angeht, ein völlig anderes Bild. Sie liegen in dieser Beziehung mehr oder minder deutlich unter dem internationalen Durchschnitt. Von den CEO der 100 größten US-Unternehmen (101) kommen gerade einmal acht aus dem Ausland. Das ist nur gut halb so viel wie bei den deutschen Vorstandsvorsitzenden und weniger als ein Viertel, vergleicht man sie mit den CEO der britischen Konzerne. Bei den PDG<sup>10</sup> der 100 größten französischen Unternehmen gilt das sogar nur für vier Personen.

Blickt man auf die Auslandserfahrungen der einheimischen Vorstandschefs, ist es genau andersherum. Während die PDG mit einem Anteil von 26 % ihre britischen Pendanten wie den internationalen Durchschnitt leicht übertreffen, liegen die US-CEO mit nur gut 15 % weit dahinter und auch im internationalen Vergleich mit anderen Industriestaaten im Schlussfeld. In der Summe beider Merkmale weisen gut sieben von zehn PDG und sogar fast acht von zehn US-CEO rein nationale Lebenswege und Karrieren auf.

Dieser Eindruck bestätigt sich, wenn man die übrigen Topmanager in die Analyse einbezieht. Bei den *Chairmen* gilt das für die große Mehrheit schon allein deswegen, weil in beiden Ländern die Positionen von CEO und *Chairman* in der Regel von ein und derselben Person wahrgenommen werden, in Frankreich bei gut zwei Dritteln der Großkonzerne, in den USA sogar bei gut drei Vierteln. Die in Deutschland und Großbritannien gültige Trennung beider Funktionen gilt nur für eine Minderheit der Unternehmen. Aber auch dort sind bei den *Chairmen* in Hinblick auf ihre Internationalität keine nennenswerten Unterschiede zu den CEO zu erkennen. In den USA liegt der Prozentsatz an Ausländern unter ihnen

9 Hartmann, M., a.a.O., 83, 95, 105. Mit Wolfgang Mayrhofer bekleidet ein Österreicher gleich zwei dieser Positionen, bei der Lufthansa und Infineon.

10 PDG (Président-directeur général) ist die Bezeichnung für den CEO in französischen Unternehmen.

mit acht Prozent gleich hoch, in Frankreich mit gut sechs Prozent etwas höher. Ähnliches gilt für die *Executive Members* in den Boards.<sup>11</sup>

Analysiert man genauer, auf welche Weise die einheimischen CEO mit Auslandserfahrung eben diese gewonnen haben, ergibt sich ein eindeutiges Bild. Es dominiert ganz klar der Auslandsaufenthalt im Verlauf der beruflichen Karriere. Knapp drei Viertel der einheimischen CEO in den französischen und den US-Konzernen mit Auslandserfahrung haben diese ausschließlich während ihrer Berufslaufbahn erworben. Bei den britischen CEO trifft das auf mehr als vier Fünftel und bei den deutschen Vorstandschefs sogar auf über 90 % zu. Im Ausland studiert oder während der Schulzeit ein Austauschjahr im Ausland absolviert hat dagegen nur eine kleine Minderheit unter den CEO. Bei den US-Amerikanern trifft es auf niemanden, bei den Briten nur auf einen einzigen zu. Bei den Franzosen und Deutschen sind es zumindest jeweils drei Personen. Insgesamt ist ihre Anzahl aber nur gut halb so hoch wie die einer anderen kleinen Teilgruppe, der CEO, die im Ausland geboren wurden und dann während ihrer Kindheit oder Jugend in ihr jetziges Heimatland umgezogen sind. In vereinzelt Fällen kommt es auch zu einer Kombination von zwei oder sogar allen drei Merkmalen. So wurde der Vorstandsvorsitzende von Bertelsmann, *Thomas Rabe*, in Luxemburg als Sohn eines EU-Beamten geboren. Er ist dann in Brüssel zur Schule gegangen, hat in Aachen und Köln studiert, seine ersten Berufsstationen wieder in Brüssel und Luxemburg absolviert, um schließlich von RTL in die Konzernzentrale von Bertelsmann nach Gütersloh zu wechseln. Alles in allem dominieren bei der Auslandserfahrung ganz eindeutig berufliche Karrierestationen außerhalb des Heimatlandes. Nur eine sehr geringe, mit knapp 7 % zu vernachlässigende Rolle spielen dagegen die in Medienberichten immer wieder als zentral benannten Auslandserfahrungen während der Schul- und vor allem der Studienzeit. Das hat eine wichtige Konsequenz. Wenn die Auslandserfahrungen ganz überwiegend innerhalb der Berufslaufbahn erworben werden und diese zugleich in den meisten Fällen innerhalb des Unternehmens stattfindet, das man später leitet, dann sind die Auslandsaufenthalte in eine Unternehmenskultur eingebettet, die durch die Firmentradition und den Hauptsitz des Unternehmens immer noch stark national geprägt wird. Das schränkt die Bedeutung der Auslandserfahrungen in Hinblick auf einen transnationalen oder gar kosmopolitischen Habitus zumindest ein Stück weit ein.

11 *Hartmann, M.*: a.a.O., 95, 113.

Erweitert man den Kreis der Wirtschaftselite um die Milliardäre,<sup>12</sup> ändert sich der bislang gewonnene Eindruck kaum. Von den 1.000 reichsten Menschen dieser Welt lebt nicht einmal jeder zehnte im Ausland und ebenfalls weniger als ein Zehntel hat an einer Hochschule außerhalb des Heimatlands studiert. Einzig bei den Rentiers unter den Milliardären, die ein Viertel dieses Personenkreises stellen, lebt mit einem guten Sechstel ein nennenswerter Teil überwiegend im Ausland. Bei jenen 40 %, die noch als CEO aktiv sind, trifft das dagegen gerade einmal auf ganze 3,9 % zu. Bei den als *Chairmen* fungierenden Milliardären sind es knapp 9 %.<sup>13</sup> Alles in allem sind das erstaunlich niedrige Werte. Die Unterschiede zwischen den einzelnen Ländern sind dabei allerdings sehr groß. Während nur drei von insgesamt 353 US-Milliardären im Ausland leben, gilt das schon für fünf von 33 Briten. Bei den Deutschen sind es sogar 19 von 67, bei den Franzosen acht von 23, also gut ein Viertel bzw. Drittel. Die große Mehrzahl dieser ins Ausland verzogenen Reichen wählt allerdings Länder, in denen sie die eigene nationale Sprache und Kultur nicht wechseln müssen. So wohnen allein 14 der deutschen Milliardäre im deutschsprachigen Teil der Schweiz und weitere zwei in Österreich. Die Franzosen bevorzugen zu 50 % ebenfalls die Schweiz, allerdings deren französischsprachigen Teil. Von Internationalität oder gar Kosmopolitismus kann selbst bei ihnen allenfalls sehr eingeschränkt die Rede sein.

## 2. Die politischen Eliten

Eine Analyse der politischen Eliten in den vier Staaten bietet in puncto Internationalität ein anderes Bild als bei den wirtschaftlichen Eliten. Die beiden Länder, deren Wirtschaftseliten sich durch ein besonders geringes Maß an Internationalität auszeichnen, Frankreich und die USA, liegen diesmal auf gleicher Höhe mit Großbritannien, Deutschland, bei den Wirtschaftseliten in der Spitzengruppe, sogar mit weitem Abstand dahinter. Betrachtet man die Regierungskabinette des letzten Jahrzehnts, je nach Land zwischen drei (Deutschland) und zehn (Frankreich), muss man allerdings zunächst einen grundsätzlichen Unterschied zur Wirtschaft konstatieren. Ausländer gibt es in den Regierungsmannschaften anders als in den Vorständen der Großkonzerne überhaupt nicht. Das war angesichts der rechtlichen Regelungen für drei der vier Staaten zu erwarten, trifft aber

12 Die Gruppe der Milliardäre ist zwar teilweise (wie etwa im Falle vieler Milliardäre aus dem Silicon Valley) mit den betrachteten CEO und *Chairmen* identisch, ihre Mehrzahl aber zählt nicht zu diesem Personenkreis, entweder weil die Unternehmen, die sie leiten, nicht zu den untersuchten Großkonzernen gehören oder weil sie sich als Rentiers auf die Verwaltung ihres Vermögens konzentrieren, ohne ein eigenes Unternehmen zu führen.

13 Hartmann, M., a.a.O., 121 ff., 145, 164f.



auch auf Großbritannien zu, wo es juristisch zumindest Iren oder Bürger der ehemaligen Kolonien in ein politisches Spitzenamt hätten schaffen können.

Wirft man einen näheren Blick auf die Regierungen der vier Staaten, was den Anteil der Kabinettsmitglieder mit Auslandserfahrung angeht, so liegt der in Großbritannien, Frankreich und den USA im Schnitt bei knapp einem Viertel<sup>14</sup>, in Deutschland dagegen nur bei ungefähr einem Zehntel. Zwischen den einzelnen Kabinetten gibt es allerdings große Unterschiede, am stärksten in Deutschland. So besaß in den ersten beiden *Merkel*-Regierungen mit *Ursula von der Leyen* nur ein Kabinettsmitglied Auslandserfahrung, in der aktuellen sind es aber gleich drei (zusätzlich zu *von der Leyen* noch *Peter Altmaier* und *Katarina Barley*). In den britischen Regierungen waren es demgegenüber unter *Gordon Brown* zunächst acht Minister, unter *David Cameron* dann vier und im jetzigen Kabinett von *Theresa May* nur noch drei, eine genau umgekehrte Entwicklung. In den US-Regierungen unter *Bush*, *Obama* und *Trump* wie auch in den zehn französischen Regierungen schwankt die Anzahl auslandserfahrener Kabinettsmitglieder stets zwischen drei und fünf. Das gilt auch für die beiden aktuellen Regierungskabinette unter *Edouard Philippe*. Waren es zunächst fünf, sind es nach den Rücktritten von zwei ehemaligen EU-Parlamentariern an der Spitze von Justiz- und Verteidigungsministerium jetzt wieder nur noch drei.

Einschränkend muss man allerdings sagen, dass es in drei der vier Länder Kabinettsmitglieder gibt, die im Ausland geboren wurden, schon in ihrer Kindheit oder Jugend in ihr heutiges Heimatland gekommen sind und danach nie wieder länger ihre neue Heimat verlassen haben oder aber wie *Obama* nur als Kind für ein paar Jahre im Ausland gelebt haben. Das gilt vor allem für die US- und die französischen Regierungen. Lässt man all diese Personen unberücksichtigt, sinkt der Anteil der auslandserfahrenen Regierungsmitglieder auf Durchschnittswerte zwischen 10 und 20 %.

Betrachtet man die in ihrem heutigen Heimatland geborenen Kabinettsmitgliedern genauer, so fällt die Verteilung der Auslandsaufenthalte auf Studium oder Berufslaufbahn je nach Land sehr unterschiedlich aus. Unter den Briten dominieren die Auslandsstudien. In den sieben Regierungen gab es dreimal nur einen einzigen Minister, der beruflich im Ausland tätig war, dreimal zwei und unter *Brown* ausnahmsweise einmal drei. Die große Mehrzahl von ihnen hat für kurze

14 Berücksichtigt man für Frankreich auch die drei im letzten Jahrzehnt amtierenden Präsidenten *Sarkozy*, *Hollande* und *Macron*, sinkt der Prozentsatz noch etwas, da keiner der drei über Auslandserfahrungen verfügt(e).

Zeit als Gastwissenschaftler an einer ausländischen Universität gearbeitet. Die anderen waren in der Regel nur zum Studium im Ausland, zumeist für ein Jahr in den USA. In den US-Regierungen ist es genau umgekehrt. Nur drei Minister haben im Ausland studiert, zwei davon in Oxford, die anderen ihre Auslandserfahrungen erst nach ihrer Ausbildung gesammelt, dies allerdings zumeist als Angehöriger des Militärs, sei es als Offizier im Kriegseinsatz, wie *John Kerry* während des Vietnam-Kriegs, oder als im Ausland stationierter Offizier, wie *James Mattis* während der Kriege im Irak und in Afghanistan. Im aktuellen *Trump*-Kabinett trifft das auf gleich drei der vier Minister mit beruflicher Auslandserfahrung zu. Eine ähnliche Rolle wie für die US-Kabinettsmitglieder das Militär spielt für ihre französischen Pendanten das Europäische Parlament. Jeweils mindestens ein Mitglied von neun der zehn französischen Regierungen war Abgeordneter dort. Berufskarrieren in der Wirtschaft, wie die von Außenminister *Rex Tillerson*, der für den Exxon-Konzern in verschiedenen Ländern arbeitete, sind die absolute Ausnahme. Vergleichbar ist diesbezüglich lediglich noch die Laufbahn von *Bernard Kouchner*, der als Arzt für die Organisationen Médecins sans Frontières und Médecins du Monde sowie als Sonderbeauftragter der UN über viele Jahre gleich in mehreren Ländern aktiv war. Die Auslandsstationen beim Militär bieten für die Kabinettsmitglieder aus den USA ebenso wie die Tätigkeit als EU-Abgeordneter für ihre französischen Pendanten aber nur in einem eingeschränkten Sinne internationale Erfahrungen. Die Franzosen bleiben, da das EU-Parlament in Straßburg sitzt und die Abgeordneten die meiste Zeit dort verbringen,<sup>15</sup> überwiegend in ihrem eigenen Land. Trotz der Zusammenarbeit mit den Abgeordneten aus den anderen Staaten ist daher kaum von wirklicher Auslandserfahrung zu sprechen. In abgeschwächter Form trifft das auch auf die Zeit beim US-Militär zu. Man wohnt in eigenen, von der Außenwelt stark abgeschotteten Militär-Siedlungen und verbleibt auch im Alltag abseits der Kriegseinsätze weitgehend im eigenen, aus den USA gewohnten kulturellen Milieu.

Alles in allem fallen die Auslandserfahrungen der Angehörigen der politischen Elite deutlich weniger intensiv aus als die der entsprechenden Topmanager. Berücksichtigt man all diese Einschränkungen, bewegt sich der Anteil von Regierungsmitgliedern mit Auslandserfahrungen in Studium und Beruf (ausgenommen die Labour-Kabinette unter *Gordon Brown*) im Schnitt nur noch um 10 %.

15 Nur sechs kürzere Parlamentssitzungen sowie die Ausschuss- und Fraktionstagungen finden in Brüssel statt.

### III. Elitenformierung und Internationalität

Was die Formierung der jeweiligen Eliten angeht, so verfolgen die vier Länder sehr unterschiedliche Wege. Die beiden Pole des Spektrums bilden die Typen aus Deutschland und Frankreich. Während Frankreich wie kein anderes Industrieland der Welt auf die gezielte Bildung einer kleinen, in allen gesellschaftlichen Sektoren einsetzbaren und sehr homogenen Elite setzt, verfolgt Deutschland einen ganz anderen Weg. Hier dominieren Eliten, die nach den wichtigen gesellschaftlichen Bereichen getrennt ihre Karrieren meist nach dem Prinzip des langsamen, ausschließlich sektorinternen Aufstiegs verfolgen.

Wenn man die deutschen Topmanager und Spitzenpolitiker genauer betrachtet, wird das sehr deutlich. Mit 43,2 % hat fast die Hälfte der Vorstandsvorsitzenden binnen der ersten vier Jahre nach Ende der Ausbildung in dem Unternehmen angefangen, das sie jetzt leiten, also eine reine Hauskarriere durchlaufen. Ein weiteres gutes Fünftel ist zumindest immer in derselben Branche tätig gewesen, hat nur das Unternehmen gewechselt, etwa von VW zu Daimler oder von der Commerzbank zur Deutschen Bank. Außerhalb der Wirtschaft hat während des Berufslebens dagegen mit 4,5 % nicht einmal jeder zwanzigste gearbeitet.<sup>16</sup> In der Politik sieht es ähnlich aus. Es dominiert dort nach wie vor die sogenannte Ochsentour, bei der der Weg in die politische Elite Schritt für Schritt von Wahlämtern auf der Orts- über solche auf Bezirks- und Landesebene schließlich auf die Bundesebene und dort dann in Spitzenpositionen führt.<sup>17</sup> Von den Angehörigen der Bundesexekutive, Kabinettsmitgliedern und parlamentarischen Staatssekretären, haben knapp 30 % sogar eine rein politische Karriere durchlaufen, d. h. niemals in einem anderen Bereich gearbeitet. Das ist ein deutlicher Zuwachs gegenüber früher. Nimmt man jene hinzu, die zeitweise in der öffentlichen Verwaltung tätig waren, kommt man auf einen Anteil von fast 50 %, unter Einbezug anderer öffentlicher Sektoren, wie Justiz oder Schule, sogar auf einen Anteil von knapp zwei Dritteln.<sup>18</sup>

Dazu kommt noch, dass es in Deutschland traditionell keine expliziten Elitehochschulen gibt.<sup>19</sup> Alle Universitäten waren und sind im Prinzip gleich. Dem-

<sup>16</sup> Hartmann, M., a.a.O., 178.

<sup>17</sup> Herzog, D.: Der moderne Berufspolitiker. Karrierebedingungen und Funktion in westlichen Demokratien, in: Wehling, H. G. (Hg.): Eliten in der Bundesrepublik, Stuttgart, 1990, 28-51, hier 36; Rebenstorf, H.: Die politische Klasse. Zur Entstehung und Reproduktion einer Funktionselite. Frankfurt a. M./New York, 1995, 135, 161

<sup>18</sup> Hartmann, M.: Soziale Ungleichheit – Kein Thema für die Eliten? Frankfurt a. M./New York, 2013, 105f., 235.

<sup>19</sup> Das ändert sich durch die Exzellenzinitiative erst ganz allmählich. In zwei bis drei Jahrzehnten dürfte es dann auch hierzulande ähnliche Einrichtungen geben.

entsprechend ist weder bei den Spitzenpolitikern noch bei den Topmanagern eine Konzentration auf bestimmte Universitäten festzustellen. Die großen Universitäten, wie München oder Köln, sind zwar häufiger vertreten, in Relation zur Zahl der dort Studierenden während der Studienzeit der Eliteangehörigen aber nur leicht überproportional. Die bekannteren Business Schools, wie die EBS oder die WHU, spielen überhaupt keine Rolle. Sie sind gerade einmal mit je einem Absolventen unter den über 500 Vorstandsmitgliedern der 100 größten deutschen Unternehmen vertreten. Selbst an gleich alten Provinzuniversitäten wie Paderborn oder Osnabrück haben zwei- bis dreimal so viele Vorstandsmitglieder studiert.

In Frankreich bietet sich ein völlig anderes Bild. Dort existiert ein pyramidal angeordnetes explizites Elitebildungssystem. Der Königsweg in die Spitzenpositionen fast aller gesellschaftlichen Bereiche führt über die renommierten *Grandes Écoles*, die kleinen Elitehochschulen des Landes, mit der ENA, der École Polytechnique und der HEC an der Spitze. An diesen drei Hochschulen mit ihren nur wenigen tausend Studierenden hat die Mehrzahl der französischen Eliteangehörigen ihren Abschluss gemacht. Von den PDG der 100 größten Unternehmen war jeder zweite, von den Franzosen unter ihnen sogar mehr als die Hälfte auf einer dieser drei *Grandes Écoles*. Nimmt man noch sechs andere renommierte *Grandes Écoles* wie die Sciences Po oder die École Centrale dazu, kommt man auf einen Anteil von fast zwei Dritteln (s. Tab. 2).

In der Politik sieht es ähnlich aus. *Emmanuel Macron* ist jetzt der vierte der sechs Staatspräsidenten der nachgaullistischen Ära, der von der ENA kommt. Die beiden anderen, *Mitterrand* und *Sarkozy*, haben an der Sciences Po studiert, der eine mit, der andere ohne Erfolg. In den Regierungskabinetten der letzten drei Jahrzehnte sind die Absolventen der renommierten *Grandes Écoles* ebenfalls stark vertreten, wenn auch nicht so dominant wie unter den Staatspräsidenten. Das gilt vor allem für die ENA. Zwar bekleidet mit *Edouard Philippe* aktuell wieder ein *Enarque* dieses Amt, er ist aber der erste seit dem Rücktritt von *Dominique de Villepin* 2007. Hatten in den zwei Jahrzehnten zuvor fünf von acht Ministerpräsidenten die ENA absolviert, war es unter den folgenden kein einziger mehr. Allerdings kamen zwei der vier wie auch weitere zwei vor 2007 von anderen Elitehochschulen, vor allem der Sciences Po. Unter den übrigen Kabinettsmitgliedern schwankt der Anteil der Absolventen von Elitehochschulen, zumeist ENA und Sciences Po, in diesen drei Jahrzehnten zwischen knapp einem Drittel und gut drei Fünfteln.<sup>20</sup> Auch in der hohen Verwaltung dominieren Perso-

20 Hartmann, M.: Eliten und Macht in Europa. Frankfurt a. M./New York, 2007, 86 ff.

nen, die eine der berühmten *Grandes Écoles* besucht haben. Dafür sorgt eine Besonderheit der französischen Verwaltung. Sie kennt explizite Eliteeinrichtungen, die *Grands Corps*. Ihre Mitglieder rekrutieren sich mit klarer Mehrheit aus der ENA oder der Polytechnique.<sup>21</sup> Da zu diesen *Grands Corps* auch zwei der höchsten Gerichte, das oberste Verwaltungsgericht und das oberste Finanzgericht, zählen, sind die *Enarques* in der juristischen Elite ebenfalls stark vertreten. Sie stellen an diesen beiden Gerichten immerhin 90 % der Gerichtspräsidenten.

*Tabelle 2:* Die Bildungsabschlüsse der einheimischen und (in Klammern) aller CEO der 100 größten Unternehmen (in Prozent)

	F	GB	USA
	n=96 (100)	n=67 (100)	n=93 (101)
<b>Top-Eliteuniversitäten<sup>22</sup></b>	52,1 (50,0)	34,3 (23,0)	32,3 (29,7)
<b>Übrige Eliteuniversitäten<sup>23</sup></b>	9,4 (9,0)	6,0 (4,0)	16,1 (14,9)

*Quelle:* Hartmann, M.: Die globale Wirtschaftselite, a.a.O., 170.

Außerdem gehören Wechsel zwischen den Spitzenpositionen in verschiedenen Sektoren zur französischen Normalität. Es gibt sogar einen eigenen Begriff dafür, den der *Pantouflage*. *Macron* ist ein typisches Beispiel. Er ist nach dem Abschluss an der ENA zunächst in das berühmteste der *Grands Corps*, die *Inspection des Finances*, gegangen, von dort weiter als Partner in die Privatbank *Rothschild*, dann in die Position des Wirtschaftsministers unter *Valls* und ist schließlich Staatspräsident geworden. Er hat also vor seiner Wahl in das höchste politische Amt des Landes schon Spitzenpositionen in Verwaltung, Wirtschaft und Politik bekleidet. Auch über 42 % der CEO haben ähnliche Wechsel über Sektorgrenzen hinweg von einer Eliteposition in eine andere hinter sich. Das ist in fast jeder Hinsicht das völlige Gegenstück zum deutschen Modell der Elitenformierung.<sup>24</sup>

21 Die besten Absolventen im Abschluss-*Classement* von ENA oder Polytechnique gehen in der Regel in eines dieser *Grands Corps* (Hartmann, M.: Globale Wirtschaftselite, a.a.O., 179f.).  
22 Das sind für Frankreich die ENA, die Ecole Polytechnique und die HEC, für Großbritannien Oxford und Cambridge und für die USA die acht Hochschulen der *Ivy League*.  
23 Das sind für Frankreich sechs andere bekannte Elitehochschulen wie die Sciences Po (ohne anschließenden Besuch der ENA) oder die École Centrale, für Großbritannien die drei führenden Londoner Universitäten (Imperial College, King's College und LSE) und die zwei schottischen Traditionsuniversitäten Edinburgh und St. Andrews sowie für die USA die neben den *Ivy League* Hochschulen traditionell führenden 12 privaten und staatlichen Eliteuniversitäten wie Stanford oder Berkeley.  
24 Die Sektorgrenzen werden zwar auch in Deutschland allmählich etwas schwächer, sie dominieren aber nach wie vor eindeutig (Hartmann, M.: Soziale Ungleichheit, a.a.O., 92 ff.).

Die Formierung der wirtschaftlichen und politischen Eliten in Großbritannien und den USA entspricht weder dem deutschen noch dem französischen Typus. Sie liegt dazwischen, allerdings vor allem im britischen Fall deutlich näher am französischen als am deutschen.<sup>25</sup> In beiden Ländern, und das markiert den entscheidenden Unterschied zu Deutschland und die Parallele zu Frankreich, existieren für die Elitenbildung wichtige Eliteuniversitäten. Diesseits wie jenseits des Atlantiks war jeweils ein Drittel der einheimischen Topmanager auf einer von nur wenigen dieser Einrichtungen, entweder wie die Briten in Oxford oder Cambridge oder aber wie die US-Amerikaner an einer der acht *Ivy-League*-Hochschulen (s. Tab. 2). Nimmt man noch die anderen expliziten Eliteuniversitäten wie etwa die LSE oder Stanford dazu, kommt man auf einen Anteil von gut 40 bis knapp 50 %. Das erinnert auf den ersten Blick prozentual zwar an die *Grandes Écoles*, kommt ihnen aufgrund der um mehr als den Faktor zehn höheren Zahl an Studierenden aber nicht wirklich nahe. Auch in den Regierungskabinetten sind diese Eliteuniversitäten stark repräsentiert. In den britischen Regierungen der letzten zehn Jahre stellten Absolventen von *Oxbridge* stets mindestens die Hälfte der Kabinettsmitglieder. In den US-Regierungen kamen unter *Bush* und *Obama* ebenfalls zwischen 40 und 60 % der Mitglieder von einer der *Ivy-League*-Universitäten. Aktuell unter *Trump* ist es nur noch ein Drittel. Dazu kamen bzw. kommen aber noch weitere Absolventen von anderen Eliteuniversitäten, wie Stanford oder Georgetown. In Großbritannien gilt dasselbe für Universitäten wie Edinburgh oder St. Andrews. Absolventen der Elitehochschulen stellen in beiden Ländern auch den überwiegenden Teil der Verwaltungs- und Justizeliten.

Trotz dieser unübersehbaren Parallelen zum französischen System gibt es aber nicht nur einen quantitativen Unterschied. Der Elitenfilter in Frankreich fällt nicht nur sehr viel kleiner aus, er ist in seiner Wirkung auch umfassender. Die Eliten in Großbritannien und den USA bewegen sich nämlich sehr viel seltener von einem Sektor in einen anderen. So liegt der Anteil der Hauskarrieren unter den US-CEO mit gut 47 % sogar noch etwas höher als in den deutschen Großunternehmen und Berufsstationen außerhalb der Wirtschaft weist mit 8,6 % auch nur eine kleine Minderheit auf. Die britischen CEO verfolgen zwar nur zu einem Viertel reine Hauskarrieren, außerhalb der Wirtschaft aber waren sie mit gerade einmal 6 % noch seltener als ihre US-Kollegen.<sup>26</sup> In der Politik gibt es allerdings

25 Bis in die 1990er Jahre hinein war die Situation in Großbritannien der in Frankreich noch erheblich ähnlicher als heute, weil die Absolventen der berühmten Public Schools wie Eton und von *Oxbridge* in allen Bereichen, vor allem aber in der Wirtschaft, noch deutlich stärker vertreten waren (Hartmann, M.: Eliten und Macht, a.a.O., 108 ff.).

26 Hartmann, M.: Globale Wirtschaftselite, a.a.O., 178.

einen deutlichen Unterschied zwischen den USA und Großbritannien. Während man in den britischen Regierungen nur sehr selten einen Seiteneinsteiger aus der Wirtschaft findet, ist das in den US-Kabinetten regelmäßig der Fall.<sup>27</sup> Vom französischen Modell einer einheitlichen Eliteformierung sind beide Länder aber trotz dieser Einschränkung ein ganzes Stück weit entfernt.

Angesichts von derart unterschiedlichen Systemen der Elitenformierung sollte man annehmen, dass sich hinsichtlich der Auswirkungen dieser verschiedenen Typen auf die Internationalität der jeweiligen Eliten auch hier deutliche Differenzen beobachten lassen müssten. Diese Erwartung wird aber enttäuscht. Ein klarer Zusammenhang zwischen einem der Systeme und der Internationalität der Eliten ist nicht zu erkennen. Schaut man zunächst auf die politischen Eliten, so sind, lässt man die nur im Ausland geborenen, danach aber nie wieder länger im Ausland lebenden Regierungsmitglieder außen vor, die Differenzen in puncto Internationalität so gering, dass sie allgemeine Schlussfolgerungen verbieten. Einzig eine Feststellung lässt sich treffen. Der Besuch einer Eliteuniversität erhöht die Wahrscheinlichkeit eines Studiums im Ausland. Die große Mehrzahl der britischen, französischen und US-Spitzenpolitiker, die an einer ausländischen Universität studiert haben, war zuvor auf einer Eliteeinrichtung des eigenen Landes. Hier dürfte sich die sozial sehr exklusive Rekrutierung der Elitehochschulen niederschlagen, die ein Auslandsstudium familiär in jeder Hinsicht begünstigt.

Obwohl hinsichtlich der Internationalität die Unterschiede bei den Topmanagern außerordentlich groß ausfallen, ist es auch hier schwer, eine allgemein gültige Regel zu finden. Nur eines ist klar: Wo Spitzenkarrieren wie in Frankreich häufig zwischen verschiedenen Sektoren des Staats und der Wirtschaft verlaufen, stellt das ein eindeutiges Hindernis für die Internationalität des Topmanagements dar. Das ist aber angesichts des nationalen Charakters staatlicher Institutionen und Eliten nicht sonderlich überraschend. Wo diese enge Verbindung zwischen staatlichen und wirtschaftlichen Eliten nicht existiert, ist kein Muster zu erkennen. Das zeigt der Vergleich zwischen den Topmanagern in Großbritannien und den USA. Die Systeme der Eliteformierung sind in den beiden Ländern sehr ähnlich, der Grad an Internationalität im Topmanagement aber höchst unterschiedlich.

Für die Herausbildung von transnationalen oder gar kosmopolitischen Eliten

27 Im Durchschnitt der Jahrzehnte bis 2007 kam ein Viertel der Kabinettsmitglieder in den zentralen Ministerien wie Finanzen, Verteidigung oder Inneres aus der Wirtschaftselite (Hartmann, M.: Politische Elite und Einkommensverteilung in den USA seit 1945, in: *Leviathan*, 37/2 (2009), 281-304, hier 295f.). Das trifft auch auf die aktuelle *Trump*-Regierung zu, während der Prozentsatz unter *Obama* niedriger lag.

spricht all das nicht. Dazu kommt noch eine weitere wichtige Beobachtung. Anders als von vielen Protagonisten der These von der „Global Elite“ verkündet,<sup>28</sup> spielt der Besuch von renommierten Business Schools, wie der LSE, dem INSEAD, der Harvard oder der Wharton Business School oder auch von expliziten Elitehochschulen, weder für die wirtschaftlichen noch für die politischen Eliten der vier Länder eine Rolle, wenn sie dafür ins Ausland gehen müssen. Unter allen Regierungsmitgliedern des letzten Jahrzehnts, ungefähr 280 an der Zahl, gibt es nur zwei, die an einer ausländischen Business School studiert haben. Dazu kommen dann zwei britische und ein französisches Kabinettsmitglied, die (in der Regel für ein Jahr) in Harvard waren, zwei britische, die am MIT bzw. an der University of Pennsylvania studiert haben, sowie zwei aus den USA, die in Oxford waren. Unter den Topmanagern sieht es noch magerer aus. Ganze drei von über 400 CEO waren als Ausländer an einer der renommierten Business Schools, ein Deutscher und ein Franzose an der LSE und ein Deutscher an der Harvard Business School. An einer der sonstigen Eliteuniversitäten im Ausland war sogar niemand. Wenn man eine Elitehochschule besucht, dann die des Heimatlandes. Weder die LSE oder das INSEAD noch Harvard oder *Oxbridge* sind Brutstätten einer „Global Elite“. Sie bleiben die Elitenbildungsstätten des jeweiligen Landes.

#### IV. Schlussfolgerungen

Aus dem Fehlen von transnationalen, geschweige denn kosmopolitischen Eliten lassen sich für aktuelle Fragen politischer Partizipation und Führung vier allgemeine Schlussfolgerungen ableiten.

1. Die wachsende Europäisierung und Internationalisierung der Politik hat bislang zu keinen nennenswerten Veränderungen in der Rekrutierung der entsprechenden Eliten geführt. Es dominieren nach wie vor die traditionellen nationalen Karrierewege. Das gilt ganz eindeutig für die einzelnen Staaten, weil sich keines der verschiedenen nationalen Modelle bei der Bewältigung der anstehenden Herausforderungen als spürbar überlegen auszeichnen konnte. Das gilt im Kern aber auch für die EU als supranationale Einrichtung. Das zeigt ein Blick auf die Generaldirektoren und deren Stellvertreter. Da die EU-Kommission nach dem Grundsatz ein Kommissar pro Mitgliedsland besetzt wird, stellen sie in der EU die mächtigsten Personen dar, die rein europäische Karrieren machen könnten. Von ihnen hat aber nicht einmal jeder vierte eine Hauskarriere in den EU-

28 Beispielhaft mit ihrer Studie über das INSEAD *Marceau, J.: A Family Business? The Making of an International Business Elite*, Cambridge, 1989.



Behörden durchlaufen. Die Hälfte von ihnen hat sogar zunächst für mehr als zehn Jahre eine nationale Karriere verfolgt, bevor sie dann zur EU gewechselt sind. In dieses Bild passt, dass am College d'Europe, das nach dem Vorbild der ENA schon 1949 als „Kaderschmiede“ für die EU-Bürokratie gegründet wurde, gerade einmal gut 5 % von ihnen studiert haben, jeweils nach einem vorherigen Studienabschluss an einer einheimischen Universität.

In der Wirtschaft sieht es ähnlich wie in der Politik aus, hier allerdings mit einer Ausnahme. In Großbritannien hat die Internationalität der Wirtschaftselite in den letzten zwei Jahrzehnten erheblich zugenommen. Das hat jedoch spürbare negative Konsequenzen für die Kooperation mit der politischen Elite, bei der es diesbezüglich keinerlei Änderungen gegeben hat. Der Brexit hat das unübersehbar demonstriert. Erstmals seit über einem Jahrhundert ist es der Finanzelite aus der *City of London* nicht gelungen, für ihre Position die Unterstützung der konservativen Partei in ihrer Gesamtheit oder zumindest in ihrer klaren Mehrheit zu gewinnen. Die traditionellen Verbindungen, für die besonders die gemeinsame Sozialisation an exklusiven *Public Schools* und in *Oxbridge* gesorgt hat, sind durch die Internationalisierung der Wirtschaftselite offensichtlich stark geschwächt worden.

2. Die seit mindestens zwei Jahrzehnten in den westlichen Industriestaaten von Spitzenvertretern aus Politik und Wirtschaft immer wieder vertretene These, die herrschende Politik, vor allem in der Steuer-, Wirtschafts- und Sozialpolitik, sei angesichts der Globalisierung alternativlos, ist so nicht zutreffend. Das demonstriert ein Beispiel sehr schön. Die Behauptung, eine Begrenzung der Gehälter von Topmanagern sei nicht möglich, weil diese sonst dank des globalen Markts für solche Spitzenkräfte einfach in ein anderes Land wechseln würden, ist angesichts der Dominanz nationaler Karrierepfade wenig glaubhaft. Was z. B. die deutschen Topmanager angeht, so führt gerade einmal jeweils ein Deutscher eines der 100 größten Unternehmen in Frankreich und Großbritannien. In den USA gibt es nach dem Ausscheiden von *Kleinfeld* bei Arconic sogar niemanden mehr in den Top 300. Von den über 4.000 börsennotierten US-Firmen wird gerade einmal ein halbes Dutzend von deutschen Managern geleitet. Wie der massive Anstieg der Managergehälter ist auch die stark gewachsene soziale Ungleichheit keine quasi automatische Folge der Globalisierung, sondern zu einem erheblichen Teil das Produkt der Entscheidungen nationaler Eliten, die sich die Globalisierung zunutze gemacht haben, um ihre Politik zu legitimieren.

3. Die vielfach zu hörenden Klagen über das stark gesunkene politische Interesse der Jugend übersehen einen entscheidenden Grund für diese Entwicklung. Die

politischen Eliten tragen mit dem permanenten Hinweis auf die Alternativlosigkeit ihrer Politik einen wesentlichen Teil der Verantwortung für die Entpolitisierung. Das zeigen der unerwartete Erfolg von *Jeremy Corbyn* bei den britischen Wahlen und zuvor das gute Abschneiden von *Bernie Sanders* bei den Vorwahlen der Demokraten in den USA. Beide haben mit ihren Visionen einer alternativen Politik, auch wenn diese nicht immer realistisch und/oder politisch durchsetzbar erscheinen mag, große Teile der Jugend erreicht und re-politisiert. Grundlage dafür war die massive Verschärfung der sozialen Unterschiede, die in diesen beiden Ländern mit *Thatcher* und *Reagan* deutlich früher eingesetzt hat als in Deutschland oder Frankreich, auch deutlich stärker vorangeschritten ist und vor allem die jüngere Generation in Form von unsicheren Arbeitsverhältnissen oder hohen Studiengebühren trifft. Die angeblich alternativlose Politik der Deregulierung und Privatisierung ist bei vielen derjenigen Jüngeren, die in ihrem gesamten Leben noch nichts anderes erlebt haben, auf klare Ablehnung gestoßen, die sich in der Unterstützung von *Corbyn* und *Sanders* erstmals auch erkennbar politisch artikuliert.

4. Die in den letzten Jahren immer wieder als Heilmittel gegen die „Verkrustung der politischen Eliten“ geforderte Rekrutierung von Quereinsteigern oder ganz allgemein Nichtpolitikern ist eher mit Skepsis zu betrachten. Schon die Erfahrungen mit dem französischen System der *Pantouflage* sollten da zur Vorsicht mahnen. Wenn die Quereinsteiger wie bei der *Pantouflage*, aber auch jetzt bei *Macrons* Partei La République en Marche ganz überwiegend aus den gehobenen Bevölkerungskreisen stammen, die von der wirtschaftlichen Entwicklung profitieren, besteht die große Gefahr, dass bei den anderen Teilen der Bevölkerung die Entfremdung von der Politik verstärkt wird. Die mit nur gut 13 % der Wahlberechtigten sehr geringe Unterstützung für *Macrons* Partei bei den Wahlen zur Nationalversammlung ist hier ein deutliches Warnzeichen.

Das wesentliche Problem besteht darin, dass soziale Herkunft und Position die eigenen Einstellungen zu politischen Maßnahmen entscheidend prägen, vor allem bei Entscheidungen, die die Verteilung des gesellschaftlichen Reichtums betreffen. Wie eine Befragung der zentralen Eliteangehörigen in Deutschland 2012 gezeigt hat, werden bei diesbezüglich wesentlichen Fragen wie Finanzkrise oder Steuerbelastung je nach sozialer Herkunft sehr unterschiedliche Erklärungsmuster und Lösungsansätze präferiert. Grundsätzlich gilt dabei die Regel, dass die Finanzkrise umso eher mit der Deregulierungspolitik der letzten Jahrzehnte verknüpft wird, je niedriger die eigene Herkunft ist, und umso stärker mit der Staatsverschuldung, je höher die Herkunft. Bei der Forderung nach einer

höheren steuerlichen Belastung hoher Einkommen und Vermögen verhält es sich genauso. Sie wird von den Elitenangehörigen mit niedriger Herkunft deutlich favorisiert, von denen mit hoher Herkunft eindeutig abgelehnt. Bei der Forderung nach der Reduzierung öffentlicher Ausgaben ist es dagegen umgekehrt.<sup>29</sup> Wenn wie im deutschen Bundesfinanzministerium alle drei Minister seit der Jahrtausendwende aus den Familien wohlhabender akademischer Freiberufler stammen, prägt das ihre Sicht der Dinge. In Verbindung mit den bei den beamteten Staatssekretären im letzten Jahrzehnt fast schon üblichen Wechseln zwischen Wirtschaft und Verwaltung<sup>30</sup> hat das die wesentlichen Entscheidungen in der Steuerpolitik entscheidend zugunsten der Wirtschaft und der oberen 10 % der Bevölkerung beeinflusst. Das gerade im Finanzministerium besonders intensiv verfolgte Programm eines „Seitenwechsels“, bei dem Experten aus der Wirtschaft zeitweise, gewissermaßen auf Leihbasis, in Bundesministerien tätig waren, hat diesen Effekt noch verstärkt. Das Programm zeitigte durchaus problematische Folgen, wie derzeit der Skandal um die *Cum-Cum*- und *Cum-Ex*-Geschäfte deutlich macht.

Will man die Legitimation staatlichen Handelns erhöhen, sollte man das Augenmerk daher nicht auf die Frage Berufspolitiker oder Quereinsteiger richten, sondern auf die Frage nach der sozialen Herkunft der handelnden Personen sowie ihrer Anbindung an und Repräsentativität für die Bevölkerung. In dieser Beziehung wäre die übliche Kritik an den alten Volksparteien und die mediale Vorliebe für sogenannte Erneuerer wie *Macron* in Frankreich, *Renzi* in Italien oder *Kurz* in Österreich kritisch zu überprüfen. Deren Selbstverständnis und faktisches Handeln widerspricht vielfach nicht nur klassischen demokratischen Regeln, es könnte die Entfremdung zwischen der Bevölkerung und der politischen Elite auf Dauer eher noch befördern.

29 Hartmann, M.: Soziale Ungleichheit, a.a.O., 138f., 153 ff.

30 Ebd., 94f.